



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus (Tessa) Ganserer, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Tim Pargent, Benjamin Adjei, Kerstin Celina, Barbara Fuchs, Christina Haubrich, Claudia Köhler, Andreas Krahl, Eva Lettenbauer, Stephanie Schuhknecht** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Für einen diskriminierungsfreien Umgang mit HIV-positiven Menschen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, für den öffentlichen Dienst in Bayern die Deklaration „#positivarbeiten“ zu unterzeichnen und somit ein Zeichen für einen diskriminierungsfreien Umgang mit HIV-positiven Menschen im Arbeitsleben zu setzen.

Begründung:

Bereits mehr als 60 namhafte Unternehmen und Organisationen haben die Deklaration gegen Diskriminierung von Menschen mit HIV im Arbeitsleben unterzeichnet. Diese ist auf Initiative der Deutschen Aidshilfe entstanden und wird von weltweit tätigen Großunternehmen bis zu Einzelhandelsgeschäften, von Verbänden über Städte bis zu staatlichen Behörden unterstützt. Zu den Unterzeichnern gehören beispielsweise neben der Daimler AG, der SAP AG, der Deutschen Bahn, der NDR, die Hamburger Landesbehörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration und dem Deutschen Roten Kreuz auch die Städte Fürth, München und Nürnberg.

Schwerer als die gesundheitlichen Folgen der Infektion selbst wiegen auch heute noch für viele Menschen mit HIV die Diskriminierungserfahrungen und Benachteiligungen, die sie auch im Arbeitsleben erleiden müssen. Ausgrenzung und die Angst davor machen krank und schaden letztendlich auch den Unternehmen oder Behörden.

Mit der Unterzeichnung könnte der Freistaat Bayern ein deutlich positives Zeichen für einen respektvollen und selbstverständlichen Umgang mit HIV-positiven Kolleginnen und Kollegen setzen.